Pressespiegel

Ausgabe: 11.08.2020

Niederrhein DGB

DGB stellt zehn Forderungen an die Kommunalpolitik

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft die Bürger am Niederrhein zur Teilnahme an der Kommunalwahl auf. Die Forderungen in der Übersicht.

VON TIM HARPERS

Wählen gehen ist wichtig. Darin waren sich Angelika Wagner, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am Niederrhein, und die Vorsitzenden der größten Mitgliedsgewerkschaften am Montag einig. Gerade vor dem Hintergrund der Corona-Krise werde in den kommenden Monaten viel von den Entscheidungen in den Stadt- und Landräten der Region abhängen, sagte Wagner. Im Vorfeld der Wahl hat der DGB deshalb ein Zehn-Punkte-Forderungsprogramm zusammengestellt. Eine Übersicht.

1. Gute Arbeit Der DGB fordert, dass sich die Städte und Betriebe der Region zu guter Arbeit bekennen und eine Vorbildfunktion übernehmen sollen. Ausschreibungen seien zum Beispiel so zu gestalten, dass neben der Wirtschaftlichkeit auch Kriterien wie Tariftreue, fairer Handel und Mitbestimmung berücksichtigt werden sollten.

2. Strukturpolitik Die Wirtschaftsförderung der Kommunen soll nach Ansicht des DGB mit aktiver Strukturpolitik verbunden werden. Ziel müssten der Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Wertschöpfungsketten sein.

3. Mobilität für alle Das Ziel ist selbsterklärend. Der DGB fordert den Ausbau des ÖPNV-Netzes bei einer Beibehaltung der Bezahlbarkeit. Die Taktungen müssten so gesteigert werden, dass der Umstieg von Autos auf andere Verkehrsmittel für mehr Menschen attraktiver werde.

4. Chancengleichheit Noch immer hingen Bildungschancen von der sozialen Herkunft ab, schreibt der DGB. Das müsse sich ändern. Dafür brauche es vor allem weiterhin eine gebührenfreie, qualitativ hochwertige und für alle zugängliche Bildung. Es brauche außerdem integrative Schulformen, die entsprechenden Räumlichkeiten und – für Duisburg ganz wichtig – gutes Personal.

5. Bezahlbarer Wohnraum Der DGB fordert eine Offensive beim Sozialen Wohnungsbau für kleinere und mittlere Einkommen und einen besseren Mieterschutz.

6. Stärkung der Demokratie Demokratie brauche Zusammenhalt, schreiben die Gewerkschafter. Und der entstehe durch Teilhabe und Mitbestimmung. Der DGB fordert deshalb, alle Einwohner an kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Außerdem, so der DGB, erwarte man eine klare Abgrenzung der Kommunalparlamente von allen Parteien, die Hass, Gewalt und Anfeindungen schüren.

7. Gleichstellung und Diversität In allen kommunalpolitischen Gremien und allen (teil-)öffentlichen Betrieben und Gesellschaften sei eine geschlechtergerechte Besetzung von Führungspositionen umzusetzen. Der DGB fordert, Gleichstellungsstellen und Kompetenzzentren zu stärken und Rahmenbedingungen wie notwendige Kinderbetreuung und Pflegemöglichkeiten zu schaffen.

8. Kommunale Finanzen stärken Der DGB fordert eine Altschuldenentlastung der Kommunen durch das Land NRW. Außerdem müsse der Bund die in der Region hohen sozialen Transferkosten übernehmen.

9. Sport und Freizeit Der DGB fordert die Vorhaltung von Sportmöglichkeiten im Freizeitbereich und im Breitensport. Statt Bäder zu schließen, sollten Kommunen in deren Erhaltung und Ausbau investieren. Nur so könne man der steigenden Zahl übergewichtiger Menschen und der damit einhergehenden Zahl steigender Wohlstandserkrankungen begegnen.

10. Pflege im Alter Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert Modelle wie das Betreute Wohnen oder die Mehrgenerationenhäuser auszubauen, um es Menschen so zu ermöglichen, ihr Leben möglichst lange selbstständig zu gestalten. Das könne viele Arbeitnehmer entlasten, die ansonsten mit Pflegeaufgaben beschäftigt wären. Außerdem fordern die Gewerkschafter die Schaffung weiterer Hospiz- und Heimplätze. Ein wichtiges Kriterium müsse dabei die Bezahlbarkeit auch für Menschen mit durchschnittlichem Einkommen sein.

INFO

Ein Verband, acht Gewerkschaften

Über Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ist die größte Dachorganisation von Einzelgewerkschaften in Deutschland. Ihm gehören acht Mitgliedsgewerkschaften mit rund sechs Millionen Gewerkschaftern an. Diese decken alle Branchen und Wirtschaftsbereiche ab. Hauptsitz ist in Berlin.

RP DU

IG-Bau-Chefin bemängelt fehlenden Infektionsschutz

(RPN) Auf immer mehr Baustellen in Duisburg wird gegen Abstands- und Hygieneregeln verstoßen. Das kritisiert die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau). Bei Baustellen-Besuchen habe die Gewerkschaft oft Leichtsinn wahrgenommen: „Viele Baufirmen nehmen die Ansteckungsgefahr mit dem Coronavirus auf die leichte Schulter. Das ist fatal", mahnt Karina Pfau, Vorsitzende der IG Bau Duisburg-Niederrhein.

Einige Bauunternehmen blendeten die Gefahr einer Infektion mit dem Virus inzwischen aus, so die IG Bau. So sei auf manchen Baustellen nicht einmal das Händewaschen möglich. „Ein Waschbecken mit Seife und fließendem Wasser – Fehlanzeige. Von Desinfektionsmittel-Spendern ganz zu schweigen. Aber auch Sammeltransporte in Bullis sind schon längst wieder an der Tagesordnung", kritisiert Pfau.

Corona-Schutz auf dem Bau koste – wie in anderen Bereichen der Wirtschaft auch – Geld. Das seien allerdings notwendige Kosten, die die Bauunternehmen in Duisburg nicht scheuen dürften, fordert die Gewerkschaft: „In der Corona-Pandemie zeigen Baubeschäftigte volle Leistung. Dafür haben sie auch vollen Gesundheitsschutz verdient."

Karina Pfau ist Vorsitzende der IG Bau Duisburg-Niederrhein. FOTO: HO

Die Bezirksvorsitzende Pfau appelliert an die Beschäftigten in Duisburg, strikt auf Abstand und Hygiene zu achten: „Corona-Schutz ist Arbeitsschutz. Und den müssen Beschäftigte notfalls selbstbewusst einfordern." Gerade der Innenausbau, aber auch die gemeinsame Pause berge Infektionsgefahr. Ebenso der Weg zur Baustelle im Sammeltransporter: „Hier müssen Arbeitgeber Einzelfahrten möglich machen", fordert Pfau.

Zu den Vorwürfen der Gewerkschaft nahmen die Bauverbände NRW, die die Interessen von mehr als 4100 mittelständischen Unternehmen des Baugewerbes vertreten, Stellung: Die Branche habe von Beginn der Corona-Pandemie an „mit dem größtmöglichen Maß an Verantwortungsbewusstsein gehandelt und die Gesundheit ihrer Beschäftigten an die erste Stelle gestellt", entgegnet Hauptgeschäftsführer Hermann Schulte-Hiltrop.

Das Selbstverständnis der größtenteils inhabergeführten Familienunternehmen des Baugewerbes bedinge, dass sich diese „mit aller Kraft der weiteren Verbreitung des Coronavirus entgegenstellen". Nach Angaben der Berufsgenossenschaft BG Bau, die für die Überprüfung der Einhaltung von Arbeitsschutzstandards zuständig ist, können bei knapp 90 Prozent der Betriebe keine Mängel festgestellt werden, so die Bauverbände NRW. Aufgrund steigender Infektionszahlen sei jedoch auch auf Baustellen das Auftreten von Corona-Einzelfällen nicht ausgeschlossen.

RP DU